



## Ergebnisse der französischen Parlamentswahlen und Konsequenzen

---

22.06.2022

### I. Ausgangslage nach den Präsidentschaftswahlen und der ersten 1. Runde der Parlamentswahlen

#### Schlaglicht: Zweites Mandat mit schwierigen Rahmenbedingungen

Staatspräsident Emmanuel Macron und seine En-Marche-Bewegung (Nach den Präsidentschaftswahlen Renaissance) gingen trotz der geringen Wahlbeteiligung und dem nur geringen Abstand zu seiner Herausforderin, der rechtspopulistischen Marine Le Pen (Rassemblement National), als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor.

Die Tatsache, dass Macron der erste französische Präsident der 5. Republik ist, der in allgemeinen Wahlen außerhalb einer Kohabitation wiedergewählt wurde, stellt einen Erfolg für den Staatschef dar. Der „schwache“ Sieg gegenüber Marine Le Pen und die ungewöhnlich lange Dauer der Regierungsbildung mit Elisabeth Borne als Premierministerin, ließen den Staatspräsidenten jedoch zögerlich wirken. Er stieg spät in den Parlamentswahlkampf ein.

#### Schlaglicht: 2. Wahlgang und Wahlempfehlungen – Ende der „Republikanischen Front“

Duelle im zweiten Wahlgang in 552 Wahlkreisen:

---

Ensemble – Nupes : **271** Duelle

Ensemble – Rassemblement National : **107** Duelle

Nupes – Rassemblement National : **58** Duelle

Les Républicains kamen lediglich in **76** Wahlkreisen in die 2. Runde

---

Für politische Kontroversen sorgten die Wahlempfehlungen der einzelnen Parteien im Fall des Ausscheidens des eigenen Kandidaten. Während das bürgerlich-konservative Lager betonte, dass „keine Stimme an die „Extremen“ gehen dürfe und somit implizit zur Wahl von Ensemble aufrief, sorgte die unklare Linie von Ensemble für Entrüstung. Premierministerin Elisabeth Borne verurteilte zwar die Extremen; Wahlempfehlungen wurden jedoch von Fall zu Fall gegeben, je nach Vereinbarkeit der Profile der Kandidaten mit den republikanischen Werten. Beobachter sahen in dieser unklaren Positionierung einen Bruch der republikanischen Front gegen das rechtspopulistische Lager.

#### Schlaglicht: Personalisierung und Polarisierung

Die starke Personalisierung und Polarisierung des Präsidentschaftswahlkampfes übertrug sich auch auf den Wahlkampf der Parlamentswahlen. Dem Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon gelang mit der Bildung des linken Wahlbündnisses Nupes (Nouvelle Union populaire écologique et sociale: LFI, EELV, PS, PCF) ein politischer Coup. Nupes dominierte klar den öffentlichen Diskurs vor den Wahlen und suggerierte den

Eindruck, als Gewinner aus dem ersten Wahlgang der Parlamentswahlen herauszugegangen zu sein. Nach dem stark auf das Duell zwischen Staatspräsident Emmanuel Macron und der Rechtspopulistin Marine Le Pen zugeschnittenen Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen, wiederholte sich diese Personalisierung bei den Parlamentswahlen in Form eines Schlagabtauschs zwischen Staatspräsident Emmanuel Macron und dem Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon, obwohl beide Politiker für keinen Sitz in der Nationalversammlung kandidierten. Die neue Premierministerin, Parteien, Programme und Kandidaten traten in den Hintergrund und polarisierten die Debatten. Die Ukrainereise von Staatspräsident Emmanuel Macron am 16. Juni wurde in diesem Kontext scharf vom Wahlbündnis Nupes als opportunistisch kritisiert.

## II. Ergebnisse und ihre Folgen

Staatspräsident Emmanuel Macron geht insgesamt geschwächt aus den Parlamentswahlen hervor, er erreicht keine absolute Mehrheit; mit 245 Sitzen fehlen 44 Sitze zur absoluten Mehrheit (289).

Ergebnisse des 2. Wahlgangs im Detail (577 Sitze)<sup>1</sup>

---

<b>Nupes:</b>	<b>133</b>
Verschiedene Linke:	20
Unabhängige:	1
Regionalisten:	10
<b>Ensemble:</b>	<b>245</b>
Verschiedene Zentrum:	4
UDI:	4
<b>Les Républicains :</b>	<b>61</b>
Verschiedene Rechte:	10
Souveränisten:	1
<b>Rassemblement National:</b>	<b>89</b>

---

Nach Expertenmeinung spiegelt die neue Nationalversammlung die Gesellschaft und die Stimmung in der Gesellschaft stärker wider als in der Vergangenheit. Trotz des Mehrheitswahlrechts ist es gelungen, die unterschiedlichen Stimmungen im Land, vertreten durch die politischen Kräfte, abzubilden.

### Schlaglicht: Die französische Gesellschaft ist tief gespalten

Die Spaltung der französischen Gesellschaft wurde im Rahmen der Parlamentswahlen bestätigt. Die neue Nationalversammlung setzt sich prioritär aus einem Wahlbündnis der Mitte sowie sehr starken linken und rechten Rändern zusammen. Die Linkspopulisten von La France Insoumise sowie die Rechtspopulisten

---

<sup>1</sup> Quelle: Ministère de l'Intérieur

von Rassemblement National erhalten gemeinsam 161 der insgesamt 577 Sitze (dementsprechend mehr als ein Viertel) und bilden die zweit (RN)- und drittstärksten (LFI) Oppositionsfraktionen. Kritiker sehen in dieser weiteren Polarisierung der politischen Parteienlandschaft eine Mitschuld von Staatspräsident Emmanuel Macron und seiner En-Marche-Bewegung: Durch die starke Personalisierung der Wahlkämpfe (Macron-Le Pen/ Macron – Mélenchon) hat man den gemäßigten Parteien in der französischen politischen Debatte kaum Platz gelassen. Auch im Wahlkampf suggerierte die En Marche-Bewegung, dass nur noch sie die republikanischen Werte vertritt. Die Tripolarisierung der Parteilandschaft (Mitte, Linksextrem, Rechtsextrem) ist sowohl für die Europawahlen 2024 als auch für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2027 gefährlich.

#### **Schlaglicht: Desinteresse junger Menschen an den Wahlen**

Die Wahlenthaltung war auch bei dem zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen hoch. Sie übertraf zwar nicht ihren Rekordwert von 2017, mehr als die Hälfte der Wähler (53,77%) ging jedoch nicht zur Wahl. Wie bereits beim ersten Wahlgang betraf die Wahlenthaltung unverhältnismäßig stark junge Menschen: 71% der 18- bis 24-Jährigen und 66% der 25- bis 34-Jährigen enthielten sich bei den Parlamentswahlen. Unter den wenigen jungen Wählern die den Weg ins Wahlbüro gefunden haben, wählten im ersten Wahlgang 34,9% (18-24jährige) bzw. 30,2% einen Kandidaten des Wahlbündnisses Nupes und nur 17,5 bzw. 19,6% stimmten für die liberale Allianz Ensemble ab. Die Wahl für das linke Bündnis wird vor allen Dingen als Protestwahl gegen die Politik von Staatspräsident Emmanuel Macron gesehen. Es sind vor allen Dingen die über 65-jährigen, die bei den Parlamentswahlen für das liberale Lager gestimmt haben (34,1%).

#### **Schlaglicht: NUPES – große Gewinne, aber Ziele nicht erreicht**

Nupes hat, unter der Leitung des Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon, ihre Ziele, eine Mehrheit im Parlament zu erzielen, Jean-Luc Mélenchon als Premierminister einzusetzen und Emmanuel Macron in eine Kohabitation zu treiben, nicht erreicht.

Die zukünftige parlamentarische Kooperation des Wahlbündnisses Nupes ist offen: Drei der vier Parteien verfügen über ausreichend Sitze in der Nationalversammlung, um eine eigene Fraktion bilden zu können (15 Sitze sind hierfür notwendig). Dem Aufruf von Mélenchon, eine gemeinsame Fraktion zu bilden, haben die Parteien in ersten Reaktionen nach der Wahl eine Absage erteilt.

Keine der vier Parteien erhielt jedoch ausreichend Sitze, um die größte Oppositionsfraktion in der Nationalversammlung stellen zu können. Sollten die Parteien an ihrem Vorhaben festhalten und jeweils eigene Fraktionen bilden, würde diese Rolle dem rechtspopulistischen Rassemblement National zukommen.

---

La France insoumise : 72 (2017 : 17)  
Parti socialiste : 26 (2017 : 30)  
Europe Ecologie – Les Verts : 23 (2017 : 1)  
Parti communiste français : 12 (2017 : 10)

---

Diese Wahlen haben gezeigt: Insbesondere die linkspopulistische Partei La France Insoumise und die französischen Grünen konnten ihre derzeitige Stellung in der französischen Parteienlandschaft verfestigen. Auch wenn das Wahlbündnis klar den Wahlkampf der Parlamentswahlen durch ihre Agenda prägen konnte, fand kein Linksruck in der französischen Gesellschaft statt. Gleichzeitig hat sich erneut bestätigt, dass das linke Lager aktuell stark durch die Linkspopulisten geprägt und somit radikaler geworden. Den Sozialisten kommt bei dieser Neuaufstellung der französischen Parteienlandschaft nur noch die Rolle eines Juniorpartners zu.

### **Schlaglicht: Überraschender Sieger des 2. Wahlgangs – Rassemblement National (RN)**

Nachdem die Rechtspopulisten im Wahljahr 2017 nur 8 Sitze für sich gewinnen konnten, stellt das finale Ergebnis von 89 Sitzen (17,3%) bei den diesjährigen Wahlen einen politischen Tsunami dar. Zum einen kann die Partei in der Tat zum ersten Mal in der Geschichte der 5. Republik unter Mehrheitswahlrecht eine Fraktion stellen (mindestens 15 Sitze notwendig). Zum anderen könnten die RN stärkste Oppositionsfraktion in der Nationalversammlung sein. Diese Funktion hätte die RN inne, wenn die vier Parteien des Wahlbündnisses NUPES separate Fraktionen bilden (dieses Szenario ist nach aktuellem Stand wahrscheinlich). RN meldet derzeit als stärkste Oppositionskraft Anspruch auf den Vorsitz des Haushaltsausschusses und das Amt des Vize-Präsidenten in der Nationalversammlung an.

Die in der französischen Parteienlandschaft fest verankerte rechtspopulistische Partei Rassemblement National setzt somit ihren schrittweisen Vormarsch fort – die vom Rechtspopulisten Eric Zemmour gegründete Partei Reconquête, die RN bei den Präsidentschaftswahlen auszubremsen drohte, bewies sich letztlich als Eintagsfliege. Keiner der Reconquête-Kandidaten schaffte die Wahl in die Nationalversammlung.

### **Schlaglicht: Traditionelle Parteien geschwächt, Les Républicains als „Königsmacher“?**

Les Républicains fahren ein besseres Ergebnis ein als prognostiziert, halbieren jedoch fast die Anzahl der Sitze: 61 (6,98% - 2017: 112); die Partei verliert somit ihren Status als stärkste Oppositionspartei. Der Parteivorsitzende Christian Jacob hat bereits angekündigt, dass kein formelles Bündnis mit Ensemble eingegangen werden soll und LR in der neuen Nationalversammlung eine konstruktive Opposition stellen will. Die Partei sieht sich dementsprechend als „Königsmacher“ für den Reformplan der Regierung und versucht so, die klaren Wahlverluste abzufedern. Innerhalb der Partei gibt es bezüglich dieser Positionierung jedoch durchaus auch kritische Stimmen: Der ehemalige UMP-Parteivorsitzende und Minister a.D. Jean-François Copé plädiert so für einen „Regierungspakt“ mit der Mehrheit, um das Erstarren der Extremen auszubremsen.

Ein Bündnis mit der Regierungsmehrheit könnte die ohnehin bereits angeschlagene Partei weiter schwächen. Zentrale Ministerposten sind bereits heute mit ehemaligen Konservativen besetzt (Wirtschaft und Finanzen: Bruno Le Maire – Inneres: Gérald Darmanin – Verteidigung: Sébastien Lécornu). Sollten weitere Posten durch das bürgerlich-konservative Lager besetzt werden, könnte dies der Partei ihre Eigenständigkeit in der französischen Parteienlandschaft kosten.

Die kommenden Tage und Wochen werden den politischen Kurs der Partei für die Legislaturperiode festlegen, denn dann steht die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden an. Die derzeitige Haltung des ausscheidenden Parteivorsitzenden Christian Jacob bezüglich der Positionierung gegenüber der Mehrheit könnte dann noch einmal in Frage gestellt werden. Erste Tendenzen zeichnen sich ab: alle Kandidaten der Region Rhône-Alpes (rund ein Drittel der Sitze der neuen Fraktion) haben den Einzug in die Nationalversammlung geschafft – der politische Kurs der Region ist durch Regionalratspräsident Laurent Wauquiez und seine konservative Ausrichtung geprägt. Aber auch der moderate LR-Generalsekretär Aurélien Pradié fuhr im zweiten Wahlgang ein sehr gutes Ergebnis ein (64,63%). Pradié hat sich bereits für den Parteivorsitz ins Gespräch gebracht. Mit der Wahl von Olivier Marleix (40 zu 20 Stimmen) zum Fraktionsvorsitzenden hat der konservative Flügel der Partei einen Teilsieg errungen. Olivier Marleix hatte sich bereits 2019 um den Fraktionsvorsitz beworben. Damals standen sechs Kandidaten zur Wahl und er qualifizierte sich für die zweite Runde, in der er Damien Abad unterlag. Er ist der Sohn des ehemaligen Ministers Alain Marleix und seit 2012 Mitglied des Parlaments. Der Vertreter des konservativen Flügels der LR hatte Laurent Wauquiez 2017 im Rennen um die Parteiführung und später Michel Barnier auf dem Parteitag 2021 unterstützt.

Die Sozialisten, die bei den Präsidentschaftswahlen mit 1,75% im ersten Wahlkampf nur auf Platz 10 landeten, konnten einen weiteren politischen Tsunami bei den Parlamentswahlen vermeiden. Die Partei verlor lediglich 4 Sitze und ist in der neuen Nationalversammlung mit 26 Abgeordneten vertreten. Ihre Rolle innerhalb des Wahlbündnisses Nupes als Juniorpartner und die bereits offensichtlichen Reibungen mit den anderen Parteien der Allianz könnte die Partei jedoch in der kommenden Legislaturperiode weiter schwächen und einer inhaltliche und personale Neuaufstellung der Partei ausbremsen.

### **Schlaglicht: Regierungsumbildung notwendig**

Es ist eine ungeschriebene Regel, dass Minister, die bei den Parlamentswahlen antreten und kein Mandat für die Nationalversammlung gewinnen, zurücktreten müssen. Bei den Parlamentswahlen 2022 betraf diese Regel insgesamt 15 Minister und Staatssekretäre von denen drei im zweiten Wahlgang scheiterten. Betroffen sind die für Staatspräsident Macron besonders relevanten Ressorts Umwelt und Gesundheit. Eine Regierungsumbildung ist dementsprechend unabdingbar und betrifft nicht nur die drei gescheiterten Parlamentswahlkandidaten, sondern die gesamte Regierung. Die derzeitige Premierministerin steht nach nur einmonatiger Amtszeit bereits in starker Kritik. Zu beobachten bleibt, inwiefern mögliche „Allianzen“ mit dem bürgerlich-konservativen Lager oder den Sozialisten zur Durchsetzung des Reformplans des Staatspräsidenten auch Einfluss auf die Nominierung der Ministerposten haben wird. Die neue Premierministerin Elisabeth Borne kommt nun die schwierige Aufgabe zu, das Spagat zwischen den verschiedenen Lagern zu schaffen und die Debatten zumindest seitens der Mehrheit und konstruktiven Opposition zu befrieden.

Auch die Abwahl zentraler politischer Akteure der En Marche-Bewegung stellen einen herben Rückschlag für die Regierungsmehrheit dar. Sowohl der ehemalige Parlamentsvorsitzende Richard Ferrand als auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende Christopher Castaner werden nicht mehr Teil der Nationalversammlung sein. Aufatmen konnte Staatspräsident Emmanuel Macron wiederum im europapolitischen Bereich. Der Beigeordnete Minister für Europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, siegte knapp im zweiten Wahlgang. Die europapolitische Linie der Regierung dürfte also für die kommende Legislaturperiode von Kontinuität geprägt sein.

### Schlaglicht: Kompromisse notwendig im eigenen Lager

Auch innerhalb des Wahlbündnisses Ensemble ist die En-Marche-Bewegung (heute Renaissance) geschwächt und verlor im Vergleich zur letzten Legislaturperiode eine Vielzahl von Mandaten:

---

LaREM: 157 Sitze (2017: 308)

MoDEM: 48 Sitze (2017: 42)

Horizons: 27 Sitze

---

Es stellt sich zunehmend die Frage, inwiefern die En-Marche-Bewegung auch über die Präsidentschaft von Emmanuel Macron hinaus tonangebend für die französische Parteienlandschaft sein wird und in aktueller Form fortbestehen kann; zumal zentraler Akteure der sogenannten „Macronie“ wie z.B. der ehemalige Parlamentsvorsitzende Richard Ferrand als auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende Christopher Castaner von den Wählern abgestraft wurden.

Die politische Zukunft des Landes werden voraussichtlich Edouard Philippe (Premierminister a.D., Vorsitzender Horizons), François Bayrou (Vorsitzender MoDem) aber auch die beiden Minister Bruno Le Maire und Gérald Darmanin (beide Ex-LR) mitgestalten. Beide Parteivorsitzende fühlen sich durch die Parlamentswahlen gestärkt: ohne das Bündnis mit MoDem und Horizons hätte die En-Marche-Bewegung so nur 24 Sitze Vorsprung vor dem linken Lager rund um Nupes (133 Sitze) und beide Parteien haben ausreichend Sitze erlangt, um eigene Fraktionen in der Nationalversammlung bilden zu können. Insbesondere die Partei Horizons könnte ihr politisches Profil und Sichtbarkeit im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2027 schärfen.

Die Bestätigung der beiden Minister Bruno Le Maire und Gérald Darmanin in den zentralen Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Inneres können wiederum klar als Hinweis darauf gelesen werden, dass die Regierung in der 2. Amtszeit einen moderaten bürgerlich-konservativen Kurs einschlagen wird.

### Schlaglicht: Kompromisse notwendig mit der Opposition

Mit 245 Sitzen für Ensemble verfügt die Exekutive nicht mehr über eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Diese Situation ist in der Fünften Republik zwar nicht neu, wird die Regierung jedoch dazu zwingen, über das eigene Lager hinaus von ihrem politischen Projekt zu überzeugen. Die

relative Mehrheit macht Kompromisse mit dem bürgerlich-konservativen Lager (Les Républicains), eventuell mit den Sozialisten, zur Durchsetzung des ambitionierten Reformplans notwendig. Beide Lager haben Staatspräsident jedoch bereits eine Absage erteilt. Diese Haltung wird in Frankreich durchaus kontrovers diskutiert und Deutschlands politische Kultur der Kompromisse und Koalitionen als Referenz genannt.

In der Praxis ist eine absolute Mehrheit von 289 Stimmen nicht unbedingt erforderlich, erleichtert aber die Arbeit einer amtierenden Regierung erheblich. So kann sie beispielsweise sicher sein, dass ein Gesetzesentwurf verabschiedet wird, wenn alle Abgeordneten zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sind: Generell ist die Anzahl der Abgeordneten, die zum Zeitpunkt einer Abstimmung im Plenarsaal anwesend sind, von Relevanz; es müssen nicht alle 577 Abgeordnete an der Abstimmung teilnehmen. Somit kann sowohl eine relative Mehrheit aber auch eine absolute Mehrheit allein mit den Stimmen der Parlamentsmehrheit generiert werden. Der Haushaltsentwurf für 2022 wurde im Dezember 2021 so mit einer absoluten Mehrheit von 97 Stimmen verabschiedet, da nur 192 Abgeordnete anwesend waren

Zu betonen bleibt, dass das bürgerlich-konservative Lager eine Mehrheit im Senat hat, d.h. auch an dieser Stelle Kompromisse notwendig, bzw. weitere Blockaden möglich sind.

Von zentraler Bedeutung ist eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung wiederum für Verfassungsänderungen und s.g. organische Gesetze, also solche, die die Organisation und Funktionsweise der Institutionen betreffen (im Hinblick auf Macrons Prioritäten für sein 2. Mandat: „Demokratische Renaissance“ durch eine institutionelle Reform). Wenn sich der Senat sich gegen den Text ausspricht, braucht die Nationalversammlung, die das letzte Wort hat, eine absolute Mehrheit, um einen Gesetzestext durchzubringen, also mindestens 289 Stimmen.

Verfassungsrechtlich sind weitere Optionen für die Regierung zur Umsetzung ihres Reformplans möglich:

- **Artikel 49.3**  
Der Artikel besagt, dass „der Premierminister nach Beratung im Ministerrat die Verantwortung der Regierung vor der Nationalversammlung für die Abstimmung über einen Gesetzesentwurf übernehmen kann“. Der Gesetzesentwurf gilt in diesem Fall als angenommen, also ohne Abstimmung, es sei denn, innerhalb von 24 Stunden wird ein Misstrauensantrag eingereicht, über den die Abgeordneten dann abstimmen. Seit Juli 2008 kann der 49.3 nicht mehr beliebig eingesetzt werden. Er ist nur für den Entwurf des Haushaltsgesetzes und nur einmal pro Legislaturperiode für einen anderen Gesetzestext zulässig.
- **Artikel 44.3**  
Anstatt über jeden Artikel und jede Änderung eines Gesetzes abzustimmen, „äußert sich die Versammlung auf Antrag der Regierung in einer einzigen Abstimmung über den gesamten oder einen Teil des zur Diskussion stehenden Textes, wobei nur die von der Regierung vorgeschlagenen oder akzeptierten Änderungen berücksichtigt werden“. Die Abgeordneten stimmen also „en bloc“ für oder gegen den gesamten Text.
- **Auflösung der Nationalversammlung**  
Artikel 12 der Verfassung besagt, dass der Präsident der Republik im Falle einer politischen Blockade „nach Rücksprache mit dem Premierminister und den Präsidenten von Senat und Nationalversammlung die Auflösung der Nationalversammlung aussprechen kann“.

### Schlaglicht: Opposition, die blockiert

Beobachter befürchten bereits jetzt eine Ausbremsung der Parlamentsdebatten durch die Einbringung zahlreicher Änderungsanträge sowie sogenannter spontaner Misstrauensanträge: Dieses können „auf Initiative von mindestens 58 Abgeordneten gestellt werden. Allein die Rassemblement National mit ihren 89 gewählten Abgeordneten kann also einen Misstrauensantrag stellen; das Wahlbündnis Nupes hat bereits ein Misstrauensvotum für den 5. Juli nach der Rede von Premierministerin Elisabeth Borne angekündigt. Für seine Annahme ist jedoch die absolute Mehrheit erforderlich, d. h. mindestens 289 Stimmen.

Insgesamt wird die Opposition der neuen Nationalversammlung radikaler als noch 2017 auftreten, als das bürgerlich-konservative Lager die Rolle der größten Oppositionsfraktion einnahm. Einer von zwei Abgeordneten wurde zum ersten Mal zum Volksvertreter gewählt (282 Neuwahlen/ 275 Wiederwahlen), was die Arbeit zumindest zu Beginn der Legislaturperiode weiter destabilisieren dürfte. Der scharfe Ton der Debatten sowie die Ausbremsung von Gesetzesprojekten bringt die Gefahr mit sich, dass das Vertrauen der Franzosen weiter abnimmt.

### III. Ausblick

#### Politische Agenda nach den Parlamentswahlen

- 22. Juni: Wahl des Fraktionsvorsitzenden Renaissance (bestätigt Aurore Bergé – ex-LR)
- 22. Juni: Wahl des Fraktionsvorsitzenden LR (bestätigt: Olivier Marleix)
- 23. Juni: Wahl des Fraktionsvorsitzenden der Parti socialiste
- 28. Juni: Eröffnung der Legislaturperiode um 15.00 Uhr – Wahl des Parlamentsvorsitzenden – Bildung der Fraktionen
- 29. Juni Wahl der anderen Vorsitzposten (Stellvertretende Vorsitzende etc. – insgesamt 22 Posten)
- Bis zum 30. Juni: Verteilung der Ausschussposten – Wahl der Ausschussvorsitzenden
- 5. Juli: Rede von Premierministerin Elisabeth Borne vor der Nationalversammlung – Regierungsplan kann aber muss keinem Vertrauensvotum unterlegt werden – ein solches ist jedoch wahrscheinlich.
- Juli: Beginn der Parlamentsarbeit (Fortführung Covid-Gesetz + Gesetz zur Verbesserung der Kaufkraft der Franzosen)

#### Für seine 2. Amtszeit hat Staatspräsident Emmanuel Macron fünf Prioritäten festgelegt:

- Souveränität (Industriesektor, Militär, Lebensmittel)
- Vollbeschäftigung
- CO<sub>2</sub>-Neutralität
- Chancengleichheit
- „Demokratische Renaissance“ durch eine institutionelle Reform

Um diese Ziele zu erreichen, soll ein **„Conseil national de la refondation“** (Nationaler Rat für die Neugründung) einberufen werden: Politiker, Wirtschaftsakteure, Verbände sowie nach dem Losverfahren ausgewählte Bürger werden an diesem Rat teilnehmen, der bereits am 22. Juni, also vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 28. Juni einberufen werden sollte, nach schlechten Ergebnissen der Regierungsmehrheit jedoch vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Der Nationale Rat soll im Herbst im Rahmen einer mehrtägigen Sitzung zusammentreten und sich dann regelmäßig treffen. Im Themenfokus stehen:

- Kaufkraft
- Vorantreiben / „Vereinfachung“ von Energieprojekten
- Stärkung der Produktion auf nationaler und europäischer Ebene
- Öffentlicher Dienst
- Rentenreform (soll bereits im Sommer 2023 in Kraft treten)

Die Einsetzung des Nationalen Rates wird in Frankreich durchaus kritisch gesehen. Während sich Staatspräsident Emmanuel Macron durch die neue Instanz eine Art „Vorkammer“ vor dem Parlament erhofft – Verhandlungen mit Gewerkschaften, Opposition und weiteren Akteuren würden so bereits vor dem Gesetzgebungsprozess stattfinden und dessen Blockade verhindern – sehen Kritiker eine weitere Entkernung des Parlaments und seiner Kompetenzen.

*Dem französischen Parlament stehen stürmische Zeiten bevor. Bereits nach dem 2. Wahlgang hat sich klar abgezeichnet, dass Rassemblement National und Nupes unter Führung von La France insoumise einen radikalen und polemischen Kurs einschlagen werden um die Regierung zu destabilisieren. Es zeichnet sich insgesamt wenig Kompromissbereitschaft ab. Langwierige Debatten und Schlagabtausche im Parlament dürften jedoch zu einem weiteren Verlust des Ansehens der Nationalversammlung führen.*